Mitteilung
- öffentlich -

Beratungsfolge:

Drucksachen-Nr.: 079/2010/1

Verwaltungsausschuss

am 29.04.2010

TOP:

Rat der Stadt Laatzen

am 29.04.2010

TOP:

Weiterentwicklung der Ratsarbeit
- Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion -

Der Rat als Hauptorgan der Gemeinde hat insbesondere die Aufgabe, kommunalpolitische Grundsatzentscheidungen zu treffen und die Verwaltung zu überwachen. Er handelt nicht als Organ der Legislative, sondern stets als gemeindliches Verwaltungsorgan der vollziehenden Gewalt. Gesetzlich ist der Rat nicht für alle Angelegenheiten von Bedeutung zuständig, sondern nur für die in § 40 Abs. 1 NGO, weiteren Einzelvorschriften der NGO und anderen Gesetzen wie z.B. NSpG, NKWG oder NBrandSchG . Daneben obliegen ihm auch die Entscheidung über etwaige Vorlage- und Vorbehaltsbeschlüsse (§ 40 Abs. 2 NGO).

Die Vorbereitung der Ratsbeschlüsse, die entsprechend der zu entscheidenden Angelegenheit unterschiedlichster Natur sein können, obliegt dem Verwaltungsausschuss und den Fachausschüssen.

Der Gesetzgeber hat damit den fachlichen Schwerpunkt der Ratsarbeit in die vorbereitende Behandlung durch die Ausschüsse verlagert.

In der Vergangenheit ist es vorgekommen, dass Fachausschusssitzungen abgesagt bzw. verschoben wurden, weil keine Entscheidungen anstanden. Vor diesem Hintergrund waren folglich Sitzungen des Verwaltungsausschusses sowie des Rates nicht erforderlich und wurden von mir mit dem Ziel einer rationellen Ratsarbeit und einer Vermeidung unnötiger Belastungen für die Ratsmitglieder nicht anberaumt.

Vorlage gefertigt von	SV Team	Mitzeichnung andere Teams	EStr	BGM
Diktatz.:				

Dieses vorangeschickt, wird zu dem Antrag der FDP-Fraktion „Weiterentwicklung der Ratsarbeit“ vom 31.03.2010 Stellung genommen wie folgt:

Zu 1.

Im Jahr 2009 und auch die Jahre zuvor kam der Rat zu mindestens fünf Sitzungen zusammen (siehe Anlage „Ratssitzungen der Ratsperiode seit 2006“). Mehr Sitzungen waren nach der seinerzeitigen Geschäftslage nicht erforderlich. Die durchschnittliche Sitzungsdauer von 1:31 Std zeigt dies deutlich an. Nur drei von 19 Sitzungen lagen merklich über einer Dauer von zwei Stunden. Die längste lag bei einer Dauer von 2:32 Std.

Erfordert die Geschäftslage es nicht, den Rat einzuberufen, so ist der Bürgermeister hierzu auch nicht verpflichtet. Ob Bedarf besteht, unterliegt damit ausschließlich meiner Einschätzungskompetenz.

Mit dem Inkrafttreten der Novelle zur NGO vom 19.03.2001 ist der Bürgermeister auch nicht mehr verpflichtet, den Rat „mindestens einmal in drei Monaten“ einzuberufen; der Gesetzgeber war der Auffassung, dass für eine solche Bindung in der Praxis oft kein Bedarf besteht.

Sind Ratsmitglieder oder der Verwaltungsausschuss entgegen der Auffassung des Bürgermeisters der Meinung, dass eine Ratssitzung stattfinden sollte, so hat der Bürgermeister unter den gesetzlich genannten Voraussetzungen die Pflicht, auf Verlangen eine außerordentliche Ratssitzung einzuberufen (§ 41 Abs. 2 Satz 3 NGO).

Die Sitzungsgelder und Verdienstaufwallerstattungen für eine Sitzung betragen im Übrigen 740,00 €. Hinzu kommen noch die Kosten für die amtlichen Bekanntmachungen.

Fünf zusätzliche Ratssitzungen im Jahr verursachen Sitzungsgelder und Verdienstaufwallerstattungen in Höhe von 3.700 €. Hinzu kommen die Kosten für die Nutzung der Albert-Einstein-Schule Höhe von 48 € pro Stunde, rund 200 € für zusätzliche amtliche Bekanntmachungen sowie Personalkosten in geschätzter Höhe von 2.200 €.

Zu 2.

In die Tagesordnung können jederzeit - entsprechend den praktischen Bedürfnissen oder den Wünschen der Antragsberechtigten - Themen aufgenommen werden, über die lediglich beraten, informiert oder zu denen angehört werden soll. Eine Regelung in die Geschäftsordnung dahingehend aufzunehmen, dass in jeder Ratssitzung eine „aktuelle halbe Stunde“ aufgenommen werden soll, ist nicht notwendig.

Überdies muss die Geschäftsordnung dem Erfordernis gerecht werden, Beratung und Entscheidungsfindungsprozess des Rates so zu regeln, dass der Rat seine gesetzlichen Aufgaben erfüllen kann. Vor diesem Hintergrund ist in der NGO geregelt (§ 50 NGO), dass die Geschäftsordnung insbesondere Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Ladung und das Abstimmungsverfahren enthalten soll. Daraus folgt die Notwendigkeit einer Niederlegung von

Verfahrensvorschriften, die die innere Organisation und das Verfahren zur Herstellung der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit und zur organschaftlichen Willensbildung zum Gegenstand haben.

Zu 3.

Die Zusammenstellung der Tagesordnungspunkte für eine Sitzung ist gesetzliche Aufgabe des Bürgermeisters (§ 41 Abs. 3 Satz 1 NGO). Die Auswahl der Themen liegt in seinem pflichtgemäßen Ermessen. Sollte, wie von der FDP-Fraktion beantragt, ein kommunales Querschnittsthema gewünscht werden, besteht gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzen die uneingeschränkte Möglichkeit, die Aufnahme eines entsprechenden Beratungsgegenstandes in die Tagesordnung zu beantragen. Alternativ kann das Thema auch in einer separaten Informationsveranstaltung behandelt werden. Daneben ist es dem Rat gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzen unbenommen, in seiner Sitzung die Erweiterung der Tagesordnung um ein solches Thema je nach Bedarf zu beschließen.

Zu 4.

Im Hinblick auf die Beteiligung der Einwohner an den Beratungen sei kurz ausgeführt, dass jede Einwohnerin und jeder Einwohner der Stadt nach den Aufrufen der einzelnen Tagesordnungspunkte und vor deren Beratung das Wort ergreifen kann. Das gilt sowohl für den Rat als auch für die Fachausschüsse. Im Übrigen kann der Rat mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Ratsmitglieder beschließen, u.a. anwesende Einwohnerinnen und Einwohner zum Gegenstand der Beratung zu hören (§ 43a Abs. 3 NGO). Hingegen wäre es unzulässig, Private in einer Weise zu beteiligen, die in den Entscheidungsablauf der Kommunalorgane eingreift oder gegen die Kompetenzordnung innerhalb der Gemeinde verstößt. Denn die Gemeindeordnung weist die Zuständigkeiten für das Treffen von Entscheidungen innerhalb einer Gemeinde in komplexen Vorschriften den Gemeindeorganen jeweils mit ausschließlicher Wirkung zu. Der Rat hat letztlich selbst über die Gegenstände der Tagesordnung zu beraten und zu entscheiden.

Alle Themen, die nicht in der Ratssitzung behandelt wurden, dient im Übrigen die Einwohnerfragestunde am Ende des öffentlichen Teiles der Ratssitzung.

Zu 5.

Die derzeitige Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzen enthält sämtliche der gesetzlich notwendigen Bestimmungen u.a. auch zum Abstimmungsverfahren, der Einwohnerfragestunde und den Beteiligungsrechten der Einwohner. Die Arbeits- und Funktionsfähigkeit sowie Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit des Rates ist damit in jeder Hinsicht gewährleistet.

Gesamt- und Folgeaufwand

Investition	0 €
Gründerwerb	0 €
Erschließung	0 €
Herstellung	0 €
Ersteinrichtung	0 €
Finanzierung	0 €
Drittmittel	0 €
Eigenanteil	0 €
Ordentliche Aufwendungen (jährlich)	€
Personal	2.200 €
Sach- und Dienstleistungen	4.260 €
Abschreibungen	0 €
Zinsen	0 €
Ordentliche Erträge (jährlich)	0 €
Jährlicher Zuschussbedarf	6.460 €

Ich empfehle vor diesem Hintergrund, den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

Prinz

Anlage:

Sitzungen der Ratsperiode ab 11/2006

Sitzungen				
Datum	Beginn	Ende	Dauer	Anzahl/Jahr
	Uhrzeit	Uhrzeit	Std	
09.11.2006	18:00	19:02	1:02	
14.12.2006	18:00	19:05	1:05	2*
15.03.2007	18:00	20:05	2:05	
19.04.2007	17:30	18:00	0:30	
28.06.2007	18:00	18:29	0:29	
17.07.2007	18:00	19:30	1:30	
18.10.2007	18:00	18:58	0:58	
20.12.2007	18:00	19:52	1:52	6
28.02.2008	18:00	19:15	1:15	
15.04.2008	18:00	20:15	2:15	
03.07.2008	18:00	20:05	2:05	
09.10.2008	18:00	20:30	2:30	
18.12.2008	18:00	19:33	1:33	5
05.03.2009	18:00	20:32	2:32	
30.04.2009	18:00	19:20	1:20	
18.06.2009	18:00	18:30	0:30	
24.09.2009	18:00	20:01	2:01	
17.12.2009	18:00	20:16	2:16	5
18.03.2010	18:00	19:10	1:10	
Durchschnittliche Sitzungsdauer			1:31	